

Fünf Jahre nach Corona: MFG fordert endlich Wahrheit und Gerechtigkeit!

MFG fordert Konsequenzen und Aufklärung zu Corona-Maßnahmen fünf Jahre nach Pandemie-Beginn. Dringende Untersuchungen sind nötig.



Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich -

Fünf Jahre nach dem Beginn der COVID-19-Pandemie drängt die „MFG“ (Menschen Freiheit Grundrechte) auf eine gründliche Aufarbeitung vergangener Maßnahmen. Diese hätten nicht nur unermessliches Leid verursacht, sondern seien auch von einem Mangel an Transparenz und Verantwortung geprägt gewesen. Laut einer Pressemitteilung der MFG wurde eine Atmosphäre der Angst geschaffen, die massive Grundrechtsbeschränkungen rechtfertigte. „Statt die wahren Fakten zu präsentieren, wurden wir mit Falschinformationen bombardiert“, so LAbg. Dagmar Häusler von der MFG. Ein zentraler Kritikpunkt betraf

insbesondere die irreführenden Corona-Todeszahlen, die nicht zwischen „an“ oder „mit“ Corona verstorbenen Personen unterschieden haben, was laut der MFG zu einer enormen Verunsicherung in der Bevölkerung geführt habe.

Die ominöse Entscheidung der US-Regierung, Anthony Fauci vorbeugend zu begnadigen, wird von der MFG als Teil einer globalen Vertuschung angesehen. Diese Vorgehensweise zeige, wie ernsthafte Fragen zur Pandemie ignoriert und Verantwortliche geschützt würden. „Die Begnadigung ist ein starkes Zeichen dafür, dass es noch immer ein System der Vertuschung gibt, das Transparenz und Verantwortung verwehrt“, erklärte LAbg. Manuel Krautgartner. Kritiker der verschiedenen Corona-Maßnahmen seien oft als Gefährder diffamiert und mundtot gemacht worden. „Das darf nicht zur Normalität werden,“ ergänzt Joachim Aigner, der fordert, dass solche Vergehen nicht ohne Folgen bleiben dürfen.

Forderungen der MFG für eine ehrliche Aufarbeitung

Die MFG fordert ein umfassendes und unabhängiges Untersuchungssystem, um politische Fehlentscheidungen während der Pandemie offenzulegen. Dazu gehören strafrechtliche Konsequenzen für Entscheidungsträger, die ohne Evidenz Grundrechte eingeschränkt haben, sowie Entschädigungen für Impfgeschädigte. „Wir müssen sicherstellen, dass die Verantwortlichen für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden“, sagt Aigner und stellt klar, dass die MFG bereits einen außerparlamentarischen Corona-Untersuchungsausschuss ins Leben gerufen hat, um diese ungelösten Fragen unabhängig zu analysieren. Laut MFG darf die Aufarbeitung der Corona-Krise nicht in Alibi-Projekten enden, sondern es müssen klare Maßnahmen ergriffen werden, um die Rechte der Bürger zu schützen und solche Fehler künftig zu vermeiden.

Details	
Vorfall	Skandal
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.mfg-oe.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at